



# Land kommt beim Straßenbau zu kurz

Nur ein Drittel aller wichtigen Projekte werden realisiert - Neue Bundesländer hängen Baden-Württemberg deutlich ab  

Die Ampeln beim Straßenbau im Südwesten stehen auf Rot. Im Bundesdurchschnitt werden fast die Hälfte der vorrangigen Projekte umgesetzt, in Baden-Württemberg dagegen nur 31 Prozent.

Von Markus Grabitz

Berliner Redaktion

BERLIN/STUTTGART. Ganz anders sieht es in den neuen Bundesländern aus: In Thüringen konnten knapp 75 Prozent des sogenannten vordringlichen Bedarfs realisiert werden, in Sachsen 67 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern 63 Prozent. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage hervor, die unserer Zeitung vorliegt. Dabei ist der Südwesten extrem belastet. Das Verkehrsaufkommen auf baden-württembergischen Autobahnen fällt um rund 20 Prozent höher aus als im Bundesschnitt. Die Bundesstraßen im Land sind sogar um 45 Prozent höher belastet als im bundesweiten Schnitt. Die Tendenz ist weiter steigend: Laut Prognosen wird der Personenverkehr im Südwesten bis 2025 um 16 Prozent zunehmen, bundesweit fällt nur in Bayern die Steigerung mit 19 Prozent noch stärker aus.

Baden-Württembergs Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Wolfgang Reinhart (CDU), verlangt, dass die Mittel für den Straßenbau vom Bund künftig anders verteilt werden. Die alten Bundesländer hätten den Aufbau Ost solidarisch mitfinanziert. Das könne auf Dauer nicht zulasten der Westländer gehen. "Deshalb fordern wir nach dem Aufbau Ost jetzt eine bedarfsgerechte Verteilung der Mittel", sagte Reinhart dieser Zeitung.

Im Rahmen der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit hätten die Ostländer profitiert, aber auch Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein hätten erhebliche Summen vom Bund bekommen. Allein Bayern habe zwei Milliarden Euro erhalten. Der Südwesten habe aber keinerlei Zuwendungen im Rahmen der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit erhalten. Unter Hinweis auf die starke Belastung der Straßen im Südwesten und die steigende Tendenz erklärt Reinhart weiter: "Schon aus Gerechtigkeitsgründen sollte der bestehende Nachholbedarf befriedigt werden."

Reinhart fordert Sonderzuweisungen des Bundes. Der dringend notwendige sechsspurige Ausbau des A-8-Albaufstiegs sei anders nicht realisierbar. Allein dafür würden mehr als 400 Millionen Euro benötigt.